

Anton Bösl/Hardy Ostry

Wie kaum ein anderes Ereignis dieses Jahres lässt die Fußballweltmeisterschaft das Land Südafrika wie den gesamten Kontinent ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit rücken. Dabei sind es nicht nur die vom runden Leder Begeisterten, die ihre Blicke erwartungsvoll auf den Kontinent lenken. Gewiss, um der Hybris mancher Kommentatoren etwas entgegenzuhalten: Es ist und bleibt zunächst und vor allem ein großes Sportereignis, das Millionen Menschen bis Mitte Juli in seinen Bann ziehen wird.

Dennoch wird dies nicht ohne Folgen bleiben für das Land wie den Kontinent – und dies in vielfältiger Hinsicht. Der Slogan der Weltmeisterschaft „Ke Nako Afrika! – Es ist Zeit für Afrika!“ fordert dazu auf, sich verstärkt mit dem Nachbarkontinent zu beschäftigen, nicht um einer Afrika-Nostalgie zu erliegen oder sich einem romantisierenden Afrika-Bild hinzugeben.

Im Gegenteil: Afrika hat sich in den vergangenen Jahren erheblich gewandelt. Die Wirtschaft in den Ländern unseres Nachbarkontinents ist – trotz Krisensymptomen – erheblich gewachsen. Die zahlreichen Bodenschätze Afrikas haben auch andere Länder, allen voran China, zu neuen und starken Akteuren werden lassen. Als vor allem „junger“ Kontinent steht Afrika vor der Herausforderung, mit mehr Bildung und verbesserten Ausbildungsmöglichkeiten wirtschaftliche, politische und soziale Perspektiven zu eröffnen. Auch außen- und sicherheitspolitisch spielt der Kontinent – insbesondere nach

Schaffung der Afrikanischen Union und mit dem Wunsch nach dem Aufbau eigener kontinentaler Sicherheitsstrukturen – eine neue Rolle. Geopolitisch und strategisch – das hat der Kopenhagener Klima-Gipfel nachdrücklich gezeigt – kommt den Ländern Afrikas eine neue politische Rolle zu.

Dieses bei Weitem noch nicht vollständige Bild umreißt gleichwohl, vor welchen Herausforderungen heute die Politik steht und hier insbesondere die „Entwicklungshilfe“, wenn sie sich Afrika adäquat nähern will. Deutsche Politik gegenüber Afrika muss heute mehr sein, als es oftmals das klassische Bild der Entwicklungszusammenarbeit hat erscheinen lassen. Die gestiegene Bedeutung Afrikas drängt die deutsche Politik zugleich dazu, Interessen und Werte als Grundlagen einer Zusammenarbeit klarer zu formulieren. Daher war es nur konsequent, dass die neue Bundesregierung mit dem Koalitionsvertrag auch die Erarbeitung eines ressortübergreifenden Afrika-Konzeptes verabredete.

Die Diskussionen zum neuen Afrika-Konzept finden zu einem Zeitpunkt statt, der zugleich von einer globalen wie nationalen Reformdebatte über eine neue Entwicklungsarchitektur, die Effektivität, Instrumente, Institutionen wie auch Ziele von Entwicklungszusammenarbeit umfasst, geprägt ist. Mit der Reform der Institutionen der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und der Herausstellung der Rolle der Nichtregierungsorganisationen einschließlich der

Kirchen und Politischen Stiftungen sind hier bereits wichtige Schritte gegangen worden.

Die Diskussionen um eine Neuausrichtung der Afrika-Politik in Deutschland hat auch die Konrad-Adenauer-Stiftung intensiv begleitet und in Form eines Grundsatzpapiers „Afrika im Aufbruch. Plädoyer für eine Neuausrichtung der Deutschen Afrika-Politik“ zur Diskussion gestellt, deren zehn Forderungen in die entwicklungspolitische Diskussion eingebracht werden:

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu einer deutschen Afrika-Politik erweitern

Die Zeit ist vorbei, Afrika auf den Ort einer Wohltätigkeitsveranstaltung zu reduzieren. Dem Kontinent kommt eine geostategisch und geopolitisch wichtige Rolle zu, die ihre Entsprechung in einem ebenso kohärenten wie adäquaten Politikansatz finden muss. Entwicklungspolitische Probleme bleiben dabei nach wie vor zentral, jedoch können diese nur durch einen kohärenten und konsistenten politischen Gesamtansatz gelöst werden. Eine deutsche Afrika-Politik muss daher eine praktikable Kohärenz zwischen den klassischen Feldern der Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik, der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Innen-(Migration) und Umweltpolitik erzielen. Dabei soll die Konsistenz nationaler Programmatik mit internationalen Vereinbarungen die Verlässlichkeit deutscher Politik bestätigen. Die neue Kohärenz von Ressorts und Institutionen wird die Effizienz des Mitteleinsatzes wie auch die Glaubwürdigkeit deutscher Afrika-Politik erhöhen, die bislang oftmals mit zu vielen Stimmen und bisweilen einer Nebenaußenpolitik auftrat. Ausdruck finden soll diese neue „Deutsche Afrika-Politik“ auch in der Funktion eines Afrika-Beauftragten, der mit ressortübergreifender Koordinierungskompetenz und einem eindeutigen Mandat ausgestattet ist.

Gemeinsame Werte und gegenseitige Interessen transparent machen

Eine neu gestaltete „Deutsche Afrika-Politik“ sollte auf einer erfolgreichen Symbiose gegenseitiger Vorteile beider Seiten begründet werden. Dazu gehören die Akzeptanz und Umsetzung universaler Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, die Durchsetzung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit sowie der Auf- und Ausbau demokratischer Strukturen. Die authentische Darstellung und Formulierung der Motive, insbesondere der wirtschaftspolitischen Interessen, schaffen das für eine Zusammenarbeit mit Afrika notwendige Vertrauen und bilden auch eine ebenso notwendige wie belastbare Grundlage.

Strukturen internationaler Zusammenarbeit effizienter gestalten

Ein „Mehr“ an finanziellen Mitteln bedeutet keineswegs automatisch mehr Wirkung. Die „Deutsche Afrika-Politik“ sollte sich an einem gezielteren, effizienteren und wirksameren Einsatz der Mittel orientieren. Dies geht einher mit einer stärker harmonisierten internationalen Arbeitsteilung und Akzentsetzung für eine Ausweitung der bilateralen Zusammenarbeit. Sie sollte sich auf weniger und nach klaren Kriterien ausgewählte Regionen, Länder und Sektoren konzentrieren und somit in Wirkung und Wahrnehmung sichtbarer werden.

Afrikanische Eigenverantwortung fördern und Reformen begleiten

Der Begriff der Partnerschaft wird im Verhältnis zu Afrika oftmals strapaziert, ohne dass er der Realität entspricht. Eine wirkliche partnerschaftliche Zusammenarbeit, die nicht von der herkömmlichen Logik von Geber und Empfänger, sondern von einer gleichberechtigten Beziehung geprägt sein soll, erfordert die ausdrückliche Übernahme der Verantwortung für politisches Handeln durch afrikanische Staaten.

ten und Akteure. Eine „Deutsche Afrika-Politik“ ist daher gut beraten, diese Eigenverantwortung, wie sie grundsätzlich auch mit der „Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“ (NePAD) und dem African Peer Review Mechanism (APRM) verankert ist, zu fördern und zu fordern. Damit verbunden ist auch eine gestiegene moralische und politische Souveränität, die zusammen mit bereits vorhandenen institutionellen und programmatischen Reforminitiativen auf regionaler wie nationaler Ebene finanzieller und politischer Unterstützung sowie einer intensiveren Kooperation bedarf.

Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gute Regierungsführung stärken

Im Zentrum politischen Handelns „Deutscher Afrika-Politik“ steht der Mensch in seiner unveräußerlichen Würde. Zum Schutz der Würde des Menschen und seiner Rechte ist Rechtsstaatlichkeit in Afrika daher stärker zu fördern. Zugleich werden damit die Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Handel und Investitionen verbessert, die unverzichtbare Voraussetzungen für eine bessere wirtschaftliche wie gesellschaftliche Entwicklung darstellen. Eine „Deutsche Afrika-Politik“ muss dem Grundsatz folgen, dass nur demokratisch legitimierte und verfasste Gemeinwesen auf Dauer Rechtsstaatlichkeit sichern können. Neben demokratischen Strukturen und Verfahren sind daher insbesondere politische Parteien und die Zivilgesellschaft zu fördern, um die Qualität demokratischen Regierens und der Mehrparteiensysteme im politisch-programmatischen Wettbewerb zu verbessern.

Ordnungspolitischen Dialog und wirtschaftliche Zusammenarbeit intensivieren

Um die aktuellen wirtschaftlichen wie sozialen Herausforderungen in Afrika bewältigen zu können, bedarf es einer grundlegenden Verankerung der wirtschaftspolitischen Akteure und ihres Han-

delns in einem ordnungspolitischen Rahmen. Die Prinzipien der sozial-markt-wirtschaftlich orientierten Wirtschafts- und Werteordnung wie Personalität, Solidarität und Subsidiarität bilden die Grundlage für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften. Damit verbunden ist die stärkere Integration afrikanischer Staaten in eine globale Ordnungspolitik. Eine sozial orientierte Marktwirtschaft erkennt zudem die Chancen und Potenziale insbesondere privatwirtschaftlichen Engagements in Afrika, erfordert zugleich jedoch eine faire internationale Handelsordnung.

Frieden und Entwicklung durch Vernetzte Sicherheit fördern

Die Abwesenheit von Krieg und Konflikten sowie stabile Staatlichkeit sind zentrale Voraussetzungen für die Verwirklichung von Frieden und Sicherheit. Dies erfordert einen leistungsfähigen Staat mit einem funktionierenden Gewaltmonopol, dem Angebot zentraler staatlicher Dienstleistungen und einer durch breite Partizipation legitimierten politischen Ordnung. Trotz einer Zunahme demokratisch legitimierter Regierungen in den letzten beiden Dekaden ist die Zahl schwächer, fragiler oder gar gescheiterter Staaten mit erodiertem staatlichen Gewaltmonopol und Kriegsökonomien mit grenzüberschreitenden Dimensionen in Afrika überproportional hoch. Krisenprävention und Konfliktbearbeitung sind deshalb elementare Elemente internationaler Zusammenarbeit, friedensstiftende und -erhaltende Maßnahmen ebenso wie die Mithilfe am Aufbau einer eigenen afrikanischen Sicherheitsarchitektur. Der gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Afrikanischen Union (Common African Defence and Security Policy, CADSP) liegt ein um den Aspekt der „Menschlichen Sicherheit“ (Human Security) erweitertes Verständnis zugrunde, das programmatische Anknüpf-

fungspunkte für zivile Maßnahmen bietet und damit dem Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ sehr nahe kommt. Dies bedeutet auch für eine „Deutsche Afrika-Politik“, aus dem engen Zusammenspiel außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischer Konzepte und Instrumente im Sinne der vernetzten Sicherheit eine friedensstiftende Wirkung zu entfalten.

Dialog der Kulturen und Religionen stärken

Der Dialog der Religionen und Kulturen in und mit Afrika muss kontinuierlicher gefördert werden, da dies der Gefahr von deren Instrumentalisierung und einer sicherheitsrelevanten Eskalation begegnet. Die Rolle der Religionen und Kulturen für Entwicklung in Afrika darf nicht unterschätzt werden. Der interkulturelle und interreligiöse Dialog sollte zielgerichtet und sachorientiert auf der Grundlage universell gültiger Werte geführt werden. Um das Postulat gemeinsamer Werte mit Leben zu füllen, ist dieser Dialog mit Afrika und den relevanten Akteuren kontinuierlich und auf vielen Ebenen auszuweiten. Die regelmäßige Selbstvergewisserung und Pflege gemeinsamer Werte können individuelle wie kollektive Freiheitsrechte, Solidarität und wohlverstandene soziale Gerechtigkeit auch in Afrika fördern.

Lebens- und Überlebenschancen erhöhen durch ländliche Entwicklung

Die Bekämpfung von Hunger und die Sicherung von Ernährung bedingen vor allem die Förderung ländlicher Entwicklung. Darüber hinaus ist in der Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung eine Schlüsselaufgabe politischen Han-

delns zu sehen, die zudem Partizipation und Subsidiarität stärkt. Zugleich erleichtert dies die dezentrale Bereitstellung wichtiger Dienstleistungen in den elementaren Sektoren Gesundheitsversorgung und Bildung.

Natürliche Ressourcen und Umwelt schonen, Biodiversität und Klima schützen

Der Klimawandel betrifft nicht nur unmittelbar umweltbezogene Themen wie Ökologie und Artenvielfalt, sondern bedroht in seiner Konsequenz auch die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Debatten der letzten Dekade haben gezeigt, dass der Klimawandel als zentrale Herausforderung des einundzwanzigsten Jahrhunderts nur gemeinsam von der Völkergemeinschaft bewältigt werden kann.

Die Länder Afrikas sollten daher als strategische Partner gewonnen werden. Der schonende Abbau und der verantwortungsvolle Umgang mit natürlichen Ressourcen in Afrika sind nicht nur von globalem, sondern auch in Afrikas eigenem Interesse. Das vermeintliche Umweltthema „Klimawandel“ stellt implizit auch die fundamentale Frage der gerechten Verteilung von Lasten und Pflichten bei der Umwandlung in eine klimaverträgliche Weltgemeinschaft. Der Klimawandel stellt daher auch die „Deutsche Afrika-Politik“ vor die Herausforderung, eine entscheidende Debatte über Ethik und Gerechtigkeit, globale Partnerschaft und Generationengerechtigkeit zu führen. Dabei ist klar, dass die Konvergenz globaler Trends und die Gleichzeitigkeit der Themen Klimaschutz und Entwicklung die Afrika-Politik des einundzwanzigsten Jahrhunderts prägen werden.